

## **KANTONSRATSPROTOKOLL**

Sitzung vom 20. Juni 2023  
Kantonsratspräsidentin Schmutz Judith

### **P 856 Postulat Wolanin Jim namens der Kommission Gesundheit, Arbeit und soziale Sicherheit (GASK) über die Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Pflege / Gesundheits- und Sozialdepartement**

Das Postulat P 856 sowie das Postulat P 885 von Marcel Budmiger über die Reinvestition der Gewinnabschöpfung vom Luzerner Kantonsspital und von der Luzerner Psychiatrie in bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege werden als Paket behandelt.

Folgende Anträge liegen zum Postulat P 856 vor: Der Regierungsrat beantragt Erheblicherklärung. Jasmin Ursprung beantragt Ablehnung. Jim Wolanin ist nicht mehr im Rat vertreten. Das Postulat wurde von David Roth übernommen. David Roth hält am Postulat fest. Folgende Anträge liegen zum Postulat P 885 vor: Der Regierungsrat beantragt Ablehnung. Marcel Budmiger, vertreten durch Pia Engler, hält an seinem Postulat fest.

Für die Kommission Gesundheit, Arbeit und soziale Sicherheit (GASK) spricht Kommissionspräsident David Roth.

David Roth: Die GASK bittet den Regierungsrat zu prüfen, wie die Arbeitsbedingungen in der Pflege auch im Bereich Aus- und Weiterbildung verbessert werden können. Dieses Postulat wurde im Rahmen der Beratung über die Petition des Jugendparlaments am 14. Februar 2022 beschlossen. Die Vertreterinnen und Vertreter des Jugendparlaments waren an dieser Kommissionssitzung anwesend. Die GASK beantragte daraufhin dem Kantonsrat, die Petition zur Kenntnis zu nehmen mit der Stellungnahme, dass die GASK zu den Anliegen ein Kommissionspostulat einreichen werde. Die Kommission unterstützt das Anliegen des Jugendparlaments und möchte dessen Engagement mit diesem Vorstoss würdigen und ihm Rechnung tragen. Die GASK ist der Meinung, dass der Kanton sowie die Akteure im Gesundheitswesen nach der Annahme der Volksinitiative «Für eine starke Pflege» (Pflegeinitiative) am 28. November 2021 gefordert sind, die Situation in der Pflege zu verbessern. Diesbezüglich wurden auch bereits verschiedene Vorstösse im Kantonsrat eingereicht. Im Rahmen dieses Kommissionsvorstosses soll eine Gesamtschau mit Blick auf den Planungsbericht Gesundheitsversorgung vorgenommen werden. Im Namen der GASK und der damaligen Mitglieder bitte ich Sie, dem Antrag der GASK sowie der Regierung Folge zu leisten.

Pia Engler: Gestern haben wir ein Anliegen des Jugendparlaments aus dem Jahr 2022 aufgenommen und ihm zugestimmt. Wir bitten Sie heute, dasselbe auch zu tun. An seiner Session im Jahr 2021 stellte sich eine Mehrheit des Jugendparlaments hinter das Anliegen, dass die Dividendenausschüttung des Luzerner Kantonsspitals (LUKS) und der Luzerner Psychiatrie (Lups) durch den Kanton Luzern in Verbesserungen der Arbeitsbedingungen in der Pflege investiert werden, insbesondere auch im Aus- und Weiterbildungsbereich, um so einen Beitrag zur Umsetzung der Pflegeinitiative zu leisten. Die GASK hat als Reaktion auf die Petition einen Bericht mit einer Gesamtschau gefordert, verzichtet aber auf konkrete

Massnahmen. Der Unterschied zwischen der Forderung des Jugendparlaments, welche Gegenstand des Postulats P 885 ist, und dem GASK-Postulat kann am besten so aufgezeigt werden: Wollen wir einen Bericht bezüglich besserer Arbeitsbedingungen und dann Beifall klatschen und hoffen, dass es besser wird, oder wollen wir dem LUKS die nötigen Mittel lassen, damit es seine Attraktivität als Arbeitgeberin steigern kann? Wir empfehlen Ihnen beides, das Klatschen und verbale Wertschätzung, aber auch Wertschätzung, die das Gesundheitspersonal in seinem Alltag spürt. Programme wie «Spitäler mit Anziehungskraft», kurz «Magnet Luks», sind vielversprechend, aber wenn die Arbeitsbedingungen wirklich verbessert werden sollen, gibt es das nicht gratis, denn auch flexible Arbeitszeitmodelle kosten. Deshalb sollen allfällige abgeschöpfte Dividenden vom LUKS und der Lups wieder direkt in den Gesundheitsbereich zurückfliessen und direkt für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und insbesondere für Aus- und Weiterbildungen in den Berufen im Gesundheitswesen zur Verfügung stehen. Die Regierung führt aus, dass es schwierig und wenig sinnvoll ist, die Dividendenausschüttung zweckgebunden anzubinden. Hand aufs Herz: Die Investitionen, die jetzt und auch in zukünftigen Jahren notwendig sein werden, übersteigen eine allfällige Dividendenausschüttung um ein Zifaches. Das heisst, der Kanton muss so oder so Geld in Aus- und Weiterbildungsmassnahmen und in Attraktivitätsmassnahmen für die Pflege investieren. Somit können auch allfällige Dividenden vollumfänglich in diese Massnahmen fliessen. Die SP-Fraktion sagt zweimal Ja für bessere Bedingungen im Gesundheitsbereich. Wenn Sie das auch wollen und das Anliegen des Jugendparlaments, das massgeblich von der Jungen Mitte getragen wurde, ernst nehmen, tun Sie es uns gleich.

Jasmin Ursprung: Wir sind der Meinung, dass die Verbesserung der Arbeitsbedingungen bei einer ausgelagerten Gesellschaft primär in der Hand des Leistungserbringers liegt. Die Politik sollte hierbei nur die Rahmenbedingungen festlegen und darf nicht ins Tagesgeschäft eingreifen, was hier der Fall wäre. Zugleich ist es nicht sinnvoll, wenn wir die volatile und begrenzte Gewinnausschüttung des LUKS und der Lups an Bedingungen knüpfen. Diese könnten nie nachhaltig sein, da es nie sicher sein wird, wie viel Geld ausgeschüttet werden kann. So sieht keine stabile Finanzierung für bessere Arbeitsbedingungen aus. Deshalb lehnt die SVP-Fraktion beide Postulate ab.

Sibylle Boos-Braun: Die FDP-Fraktion unterstützt das Postulat P 856 der GASK. Mit dem Kommissionspostulat geht die GASK auf die Petition des Jugendparlaments aus dem Jahr 2021 ein. Die Kommission unterstützt mit dem Vorstoss das Kernanliegen der Petitionäre, nämlich dass die Arbeitsbedingungen und die Weiterbildung in der Pflege verbessert werden müssen. Wir begrüssen die von der Regierung geplante Erarbeitung möglicher Massnahmen zur Verbesserung der Attraktivität der Arbeitsbedingungen und der Weiterbildung in der Akut- und Langzeitpflege. Der Kanton ist – zusammen mit den Leistungserbringern – stark gefordert, die Arbeitsbedingungen nachhaltig zu verbessern, damit auch zukünftig genügend gut ausgebildetes Pflegepersonal zur Verfügung steht. Hingegen lehnen wir das Postulat P 885 ab. Die Forderung des Postulanten, die Dividendenausschüttungen des LUKS und der Lups für die Finanzierung besserer Arbeitsbedingungen in der Pflege zu nutzen, ist zwar gut gemeint, aber für uns der falsche Weg, einerseits weil mit der geltenden Rechtsgrundlage eine zweckgebundene Dividendenverwendung für Pflegeberufe nicht möglich ist. Der Kantonsrat entscheidet über die Verwendung der Mittel im Rahmen des Budgets. Andererseits kann der Kanton aktuell und möglicherweise auch in den kommenden Jahren beim LUKS keine oder nur eine kleine Dividende abschöpfen. Entsprechend wäre die Finanzierung für die besseren Arbeitsbedingungen in der Pflege auch nicht sichergestellt.

Claudia Huser: Das Postulat P 856 der GASK ist die direkte Antwort auf die eingereichte Petition des Jugendparlaments. Wir haben das Anliegen des Jugendparlaments in der GASK eingehend diskutiert. Inhaltlich stimmen wir mit dem Jugendparlament überein, darum haben wir das Kommissionspostulat eingereicht. Die Arbeitsbedingungen in der Pflege sind essenziell, insbesondere weil wir einer Verschlimmerung des Arbeitskräftemangels entgegengehen. Es ist aber nicht der richtige Weg, die Dividende dafür einzusetzen. Sibylle Boos-Braun hat die Gründe genannt. Zudem sind das LUKS und die Lups eigenständige, gemeinnützige Aktiengesellschaften. Das heisst, dass wir von den Führungsebenen erwarten, dass sie die Arbeitsbedingungen selbständig attraktiv gestalten und die ihrer Meinung nach richtigen Instrumente dafür einsetzen. Das ist schlicht und einfach nicht Sache der Politik. Die Dividendenausschüttungen sind zudem weder konstant noch planbar und eignen sich deshalb nicht für nachhaltige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen. Aus den genannten Gründen stimmt die GLP-Fraktion dem Postulat P 856 der GASK zu und lehnt das Postulat P 885 von Marcel Budmiger ab.

Ferdinand Zehnder: Die Mitte-Fraktion unterstützt das Postulat P 856 der GASK. Die Mitte hat diesbezüglich schon mehrere Vorstösse eingereicht. Die Arbeitsbedingungen im LUKS und in der Lups, insbesondere in der Pflege, müssen verbessert werden. Dieses Anliegen können wir so unterschreiben. Ich zitiere aus einem kürzlich erschienenen Artikel: «Längst ist Arbeit nicht mehr allein dazu da, den Lebensunterhalt zu sichern. Sie ist stattdessen ein grosser und bedeutender Teil unseres Lebens, der im besten Fall Freude macht und Sinn stiftet. Viele Menschen wünschen sich eine neue Art des Arbeitens. Sie engagieren sich mit Herz und Seele, doch oft erhalten sie dafür nicht einmal Wertschätzung, und nein, wir reden hier nicht vom Salär.» Mitarbeitende, die nicht emotional mit dem Unternehmen verbunden sind, leisten nur 30 Prozent von dem, was sie eigentlich könnten. Das führt zu Frustration und zur Abwanderung von Fachkräften. In einem Restaurant oder in einem Laden kann auch jemand mit wenig Berufskennntnissen Gäste oder Kunden bedienen. Wie steht es aber in der Pflege? Möchten Sie im Spital von lauter Praktikanten oder wenig ausgebildeten Menschen gepflegt werden? Wie wichtig ist Ihnen Ihre Gesundheit und damit das Vertrauen in die Menschen, die Sie pflegen? Es ist akut und richtig, jetzt eine Gesamtschau zu erstellen. Noch wichtiger ist, dass jetzt konkrete Massnahmen getroffen werden. Die Abwärtsspirale an Fachkräften und Pflegefachmitarbeitenden muss so schnell wie möglich durchbrochen werden. Das ist schlussendlich auch in der Volksabstimmung zur Pflegeinitiative so bestätigt worden. Also packen wir es an. Wir stimmen der Erheblicherklärung des Postulats P 856 zu. Das Postulat P 885 von Marcel Budmiger nimmt das gleiche Thema auf, trotzdem lehnen wir dieses Postulat entschieden ab. Es ist zwar gut gemeint, doch würden das LUKS und die Lups im Markt benachteiligt, da ausschliesslich diese beiden Organisationen dazu verpflichtet würden. Eine resultatabhängige Förderung ist unregelmässig und bietet keine Planungssicherheit. Was passiert, wenn die beiden Organisationen keinen Gewinn erzielen? Dann könnten auch keine Mittel fliessen. Wir wollen eine Gesamtschau mit griffigen Massnahmen.

Hannes Koch: Die Grüne Fraktion begrüsst es, dass die Regierung das Postulat P 856 erheblich erklären will. Das Postulat wurde in der Jugendsession angestossen und in der GASK bearbeitet. Es verlangt, dass die Regierung im Rahmen einer Gesamtschau überprüfen soll, in welcher Form die Verbesserung der Attraktivität sowie der Arbeitsbedingungen in der Akut- und Langzeitpflege – also nicht nur im LUKS und in der Lups, sondern auch in Pflegeinstitutionen wie Pflegeheimen, Hospizen, intermediären Institutionen oder der Spitex – unterstützt werden können. Insbesondere in der Aus- und Weiterbildung sollen Verbesserungen angestossen werden. Die Regierung berichtet, dass schon vieles getan und

in Bezug auf den ersten Teil der Pflegeinitiative schon vieles gemacht worden sei. Das ist richtig. Es ist bekannt, dass die Umsetzung des zweiten Teils der Pflegeinitiative – die Verbesserung der Anstellungsbedingungen – eine grosse Herausforderung mit sich bringt, auch, weil dort unterschiedliche Auftraggeber und Finanzierer verantwortlich sind. Dort muss der Kanton aktiv werden und über Massnahmen in der Versorgungskette nachdenken und diese anstossen und koordinieren. Es geht also um Rahmenbedingungen und nicht um einen Eingriff ins Tagesgeschäft. Auch die SVP-Fraktion kann dem Postulat P 856 demnach überzeugt zustimmen. Das Postulat P 885 von Marcel Budmiger wird von der Grünen Fraktion grossmehrheitlich unterstützt. Das Postulat will die Gewinnabschöpfung der kantonseigenen Betriebe in der Pflegebranche im Bereich der Aus- und Weiterbildung stärken. In diesem Fall müssten aber auch eine Mitfinanzierung durch die privaten, gewinnorientierten Organisationen angestrebt werden. Das ist eine der Schwierigkeiten dieses Postulats. Deshalb ist sich die Grüne Fraktion nicht einig. Wie auch immer, es ist dringend notwendig, dass der Kanton die Führung und Koordination bei den Bedingungen rund um die Pflege übernimmt, denn ohne Pflege kann die Gesundheitsversorgung nicht aufrechterhalten werden, was in Anbetracht der aktuellen Diskussion um die Gesundheitsversorgung im Kanton Luzern verheerend wäre.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf.

Guido Graf: Wir sind massiv weiter, als nur beim Klatschen. Ich bitte Sie, das auch positiv zur Kenntnis zu nehmen. Das LUKS und die Lups haben massive Verbesserungen geplant. Die Dividende des LUKS betrug 1 Million Franken, die der Lups 100 000 Franken. Diese Beträge reichen nicht aus, um eine Besserstellung der Mitarbeitenden zu finanzieren. Wie Hannes Koch richtig gesagt hat, geht es nicht nur um die Spitäler, sondern um die ganze Versorgungskette. Wir müssen aufpassen, dass wir einander nicht gegenseitig die Arbeitskräfte abjagen. Wir haben im Kanton auch noch die Hirslanden-Klinik und das Paraplegikerzentrum in Nottwil. Die ganze Zentralschweiz muss mitmachen. Wir sind an der Umsetzung der Pflegeinitiative, den ersten Teil haben wir recht gut im Griff. Das kostet den Kanton aber auch Geld, dessen muss man sich bewusst sein. Nachdem ich alle Voten gehört habe, erlaube ich mir eine persönliche Schlussbemerkung: Alle sind dafür, dass das Gesundheitswesen unterstützt werden muss. Diese Meinung vertritt die Regierung auch. Aber jemand muss das bezahlen. Es gibt zwei Varianten: entweder mittels Prämien oder mittels Steuern. Auch die neue Regierung kann das Geld nur einmal ausgeben. Ich bitte Sie deshalb auch um Unterstützung. Im Namen der Regierung bitte ich Sie, das Postulat P 856 erheblich zu erklären. Das Postulat P 885 können wir rechtlich gar nicht umsetzen, und deshalb bitte ich Sie, dieses abzulehnen.

Der Rat erklärt das Postulat P 856 mit 79 zu 26 Stimmen erheblich.